

**Protokoll
über die 18. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 20.10.2005**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore SPD
Meslien, Daniel SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Marksteiner, Klaus Die Linkspartei.PDS
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter

Verwaltung

Block, Steffen
Gerth, Peter
Huß, Reinhard
Schmitt, Hans-Ulrich
Willert, Petra

Gäste

Menzlin, Thoralf Die Linkspartei.PDS
Mielke, Axel

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 25.08.2005

 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 15. Sitzung vom 08.09.2005

 - 2.3. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 16. Sitzung (Sondersitzung) am 22.09.2005

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss
 - 5.1. Trägerwechsel der Projekte der Gleichstellungsbeauftragten an den Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband Schwerin e. V. (AWO)
Vorlage: 00696/2005

 - 5.2. Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des Internationalen Bundes (IB) in der Keplerstraße zu einem Bürgerzentrum für die Bewohner des Mueßer Holz
Vorlage: 00566/2005

6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

6.1. Anwendung von Zusatzjobs in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00778/2005

7. Sonstiges

7.1. Fördermittel

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Tagesordnung ist den Ausschussmitgliedern fristgemäß zugegangen. Dafür wird der Verwaltung ausdrücklich gedankt. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht angemeldet.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschriften

zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 25.08.2005

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 15. Sitzung vom 08.09.2005

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 2.3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 16. Sitzung (Sondersitzung) am 22.09.2005

Bemerkungen:

Herr Woywode greift die Aussage im TOP 4 "Sonstiges" auf, wonach der Stadt seitens des Landes eine finanzielle Entlastung zugesagt wurde und bittet die Verwaltung um Mitteilung zum Sachstand.

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

- Herr Block als Vertreter der Verwaltung nimmt Bezug auf den von Herrn Woywode erbetenen Sachstand zur finanziellen Entlastung bei der Umsetzung des SGB II und zeigt nochmals die bisher von der Stadt eingeleiteten Schritte auf. Dazu gehört auch die Erarbeitung verfeinerter Modalitäten zur Überprüfung ausgewählter Kostenfaktoren vor allem in den kreisfreien Städten, da nach wie vor die Auffassung vertreten wird, dass die Stadt nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel zu wenig Entlastung erhalten hat. Ein abschließendes Ergebnis liegt jedoch noch nicht vor.
- Des Weiteren informiert Herr Block über ein Gespräch mit Herrn Westkamp, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Schwerin, zur Umsetzungsverantwortung des SGB II. Es gibt Tendenzen, die volle Verantwortung auf die Kommune zu übertragen. Die Verwaltung sichert zu, bei Bekanntwerden von konkreten Ergebnissen den Ausschuss für Soziales und Wohnen zu informieren. Das in der Sitzung am 22.09.2005 (TOP 4 Sonstiges) angekündigte Schreiben des Oberbürgermeisters an die Agentur für Arbeit wird den Ausschussmitgliedern während der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zu Kenntnis genommen.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Herr Gerth, Geschäftsführer der ARGE Schwerin, berichtet über die momentane

Situation in der ARGE, die durch zunehmende Antragstellungen, hohe Zielstellungen bei Integration und Aktivierung sowie durch die regionale Arbeitsmarktsituation als sehr angespannt eingeschätzt wird. Es sind 10.000 Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen. Das entspricht 17.000 Personen. Die ARGE wartet derzeit auf das Inkrafttreten der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II, wobei eine sensible, aber konsequente Umsetzung angestrebt wird.

Herr Gerth räumt Bearbeitungsrückstände ein, die nicht zuletzt durch die Softwareproblematik begründet werden. Dennoch konnten 428 Hilfebedürftige in Erwerbstätigkeit vermittelt werden. Es ist jedoch keine Aussage möglich, wie viele Personen aus Zusatzjobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gewechselt sind.

Herr Meslien bittet um Aussagen zur voraussichtlichen Zeitkette, die von der ARGE bei der Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II benötigt wird. Er unterbreitet den Vorschlag, analog des Verfahrens im Bauausschuss Fälle, die von einem Umzug betroffen sind, in anonymisierter Form in nicht öffentlichen Sitzungen für interessierte Ausschussmitglieder offen zu legen.

Herr Block als Vertreter der Verwaltung erklärt, dass noch keine Absprache mit der ARGE zur praktischen Umsetzung erfolgt ist. Die Umsetzung wird nur schrittweise möglich sein. Herr Block sichert zu, den Vorschlag zur Bekanntgabe von Einzelfällen in die Verwaltung zu tragen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Herr des Verfahrens ist und somit zu entscheiden hat, wie die Richtlinie erlassen wird. Eine erste Besprechung ist in der Dezernentenberatung am 25.10.2005 vorgesehen.

Frau Sembritzki bittet die Verwaltung, ihr das Beratungsergebnis unverzüglich mitzuteilen, um ggf. reagieren zu können, wenn die Intentionen der Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 17.10.2005 nicht oder nur geringfügig in die Richtlinie einfließen. Sollte dies der Fall sein, wird der Ausschuss erneut einberufen. Der Ausschuss möchte das Verfahren kritisch, aber wohlwollend begleiten.

Der Ausschuss schließt sich dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einstimmig an.

Herr Woywode ist skeptisch, ob es den vom Finanzausschussvorsitzenden in Aussicht gestellten Deckungsvorschlag tatsächlich geben wird.

Herr Gerth wünscht sich eine Öffentlichkeitsarbeit, die die Arbeit der ARGE bei der Umsetzung der Richtlinie unterstützen wird. Er schätzt ein, dass die Umsetzung beim vorhandenen Fallbestand bis zu einem halben Jahr in Anspruch nehmen wird. Bei Neufällen hingegen wird nach Inkrafttreten sofort reagiert.

Frau Dr. Bank bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Vermieter gibt es, die aufgrund der Vorgaben der Richtlinie die Miete senken?
- Wie viele Räumungsklagen liegen vor?
- Wie viele Mietschuldner gibt es, die ALG II beziehen?
- Wie viel kostet ein Platz im Obdachlosenheim?

In diesem Zusammenhang ermutigt die Ausschussvorsitzende ausdrücklich alle

Ausschussmitglieder, Fragen an die Verwaltung zu richten. Die Beantwortung erfolgt dann im Rahmen des ständigen Tagesordnungspunktes "Umsetzung des SGB II" durch die Verwaltung.

Die von Herrn Meslien erbetene Rahmenvereinbarung wird dem Protokoll beigelegt.

Die zu Beginn der Ausführungen von Herr Gerth erwähnte hohe Zahl der Neuzugänge wird von Herrn Woywode hinterfragt. Im September 2005 waren demnach 856 Neuzugänge zu verzeichnen. Ursache ist in erster Linie das Auslaufen des ALG I-Bezuges. Eine Differenzierung der Neuzugänge nach dem Alter ist nicht möglich.

Frau Sembritzki regt an, den Ausschussmitgliedern den Bericht aus der letzten Beiratssitzung zur Verfügung zu stellen. Eine Abstimmung dazu wird zwischen der Ausschussvorsitzenden und dem Geschäftsführer der ARGE separat erfolgen.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussmitglieder bitten darum, dass die Ausschussvorsitzende über die Ergebnisse der Erarbeitung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II durch die Verwaltung informiert wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss

zu 5.1 Trägerwechsel der Projekte der Gleichstellungsbeauftragten an den Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband Schwerin e. V. (AWO) Vorlage: 00696/2005

Bemerkungen:

Herr Schmitt, Vertreter der Verwaltung, verweist zu Beginn seiner Ausführungen auf den Auftrag der Stadtvertretung vom Februar 2005, die Ausgliederung der Projekte der Gleichstellungsbeauftragten an freie Träger vorzunehmen. Nachdem Klarheit darüber bestand, dass keine Ausschreibungspflicht vorlag, wurden Gespräche mit bereits an verschiedenen Projekten beteiligten Trägern geführt, in deren Ergebnis sich für die AWO entschieden wurde.

Die kontinuierliche Arbeit soll durch den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit einer Laufzeit von zwei Jahren gesichert werden. Der von der Stadt bereitzustellende Zuschuss soll durch Förderbescheid ausgereicht werden. Zwei der drei benötigten Mitarbeiter werden durch den künftigen Träger mit eigenem Personal besetzt. Die dritte Mitarbeiterin wird durch Stadt gestellt, für die weiterhin Personalkosten aus dem städtischen Haushalt bereit gestellt werden. Unter Berücksichtigung aller Faktoren wird eine Einsparung in Höhe von 37.581 € erzielt. Der Zuschuss in Höhe von 32.669 € wird haushaltstechnisch aus dem Budget der Gleichstellungsbeauftragten in das Budget des Amtes für Soziales und Wohnen verschoben, so dass die Bezuschussung nicht zu Lasten anderer Träger geht. Bei den Haushaltsberatungen ist daher darauf zu achten, dass hier keine Kürzung vorgenommen wird.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Ausschussmitglieder einem Trägerwechsel an die AWO positiv gegenüberstehen. Bedenken werden jedoch von einigen Ausschussmitgliedern hinsichtlich der vorgesehenen Laufzeit der Leistungsvereinbarung von zwei Jahren angemeldet. Begründet wird die Forderung nach einer Laufzeit von mindestens drei Jahren durch die benötigte Einarbeitungszeit des neuen Trägers und die Sensibilität des Bereiches. Dem gegenüber steht die Auffassung, dass es in der derzeitigen Situation, in der andere Träger auf längerfristige Verträge warten, nicht hilfreich wäre, Ausnahmen zuzulassen. Eine Laufzeit von zwei Jahren bietet außerdem die Möglichkeit, flexibler auf Veränderungen reagieren zu können.

Frau Willert, Gleichstellungsbeauftragte, erklärt auf Nachfrage, dass ihr weiterhin die fachliche Aufsicht obliegt.

Mit Blick auf den Umfang der Anlagen dieser Beschlussvorlage und den damit verbundenen Kosten wird dem Hauptausschuss empfohlen zu prüfen, ob Anlagen in dieser Größenordnung zukünftig lediglich den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Beschluss:

1. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Trägerwechsel der Projekte der Gleichstellungsbeauftragten an den Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband Schwerin e. V. zu.
2. Die Ausschussmitglieder sprechen mehrheitlich die Empfehlung aus, die Leistungsvereinbarung mit einer Laufzeit von drei Jahren zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

zu 2:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 1

zu 5.2 Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des Internationalen Bundes (IB) in der Keplerstraße zu einem Bürgerzentrum für die Bewohner des Mueßer Holz
Vorlage: 00566/2005

Bemerkungen:

Herr Huß, Mitarbeiter des Amtes für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz, begründet die Notwendigkeit der Beschlussfassung mit dem Vorliegen eines Förderantrages des IB aus den Programmen zum Stadtumbau-Ost für das Mueßer Holz. Die dafür von der Stadt bereitzustellende Fördersumme beträgt 284.000 €. Diese Summe reduziert sich um die Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstückes zum Preis von 136.000 € und den ersparten Aufwendungen zum Rückbau von 80.000 €, so dass der tatsächliche Eigenmitteleinsatz der Stadt bei 68.000 € liegt.

Herr Menzlin, Vorsitzender des Ortsbeirates Mueßer Holz, unterstreicht die Wichtigkeit des Projektes und das nachdrückliche Interesse, den Standort zu erhalten und auszubauen, um so weitere Ansiedlungen im Umfeld zu erreichen. Herr Huß bestätigt auf Nachfrage, dass eine komplexe Sanierung des Gebäudes einschließlich der darin befindlichen Kindertagesstätte vorgesehen ist. Diese Aussage greift Herr Meslien auf und kritisiert, dass die Kita-Bedarfsplanung seitens der Verwaltung noch nicht vorlegt wurde. Somit erfolgt mit der Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage bereits ein Vorgriff auf die Kita-Bedarfsplanung. Gleiches gilt für die Frage der Zukunft in der Jugendhilfe. Da auch der IB davon betroffen ist, werden auch hier bereits Fakten geschaffen.

Herr Woywode hinterfragt die in der Beschlussvorlage angegebene Zahl der zum Rückbau vorgesehenen Wohnungen. Im Sozialbericht 2004 wird lediglich von 444 Wohnungen ausgegangen, in der Beschlussvorlage sind 900 Wohnungen angegeben. Die Verwaltung sichert die Prüfung und die Beantwortung der Frage in der nächsten Sitzung zu.

Des Weiteren empfiehlt Herr Woywode dem IB aus eigenen Erfahrungen heraus, aus dem Konzept das Wort "Familienfeier" zu streichen. Er würde sich darüber hinaus wünschen, eine der nächsten Ausschusssitzungen beim IB durchzuführen.

Herr Baumotte ist überrascht über die in der Begründung enthaltene Aussage, "das die Planung des Amtes 49 vorsieht, dass der IB gemeinsam mit der AWO zukünftig der Träger der Jugendhilfe im Mueßer Holz wird." Die Verwaltung sichert zu, auch diesen Punkt zu klären.

Dem Vorschlag, die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen beim IB durchzuführen, wird von den Ausschussmitgliedern befürwortet und mit der Besichtigung des Sozialkaufhauses ab 17:00 Uhr verbunden.

Beschluss:

Der Ausschussmitglieder stimmen der Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des Internationalen Bundes in der Keplerstraße zu einem Bürgerzentrum für die Bewohner des Mueßer Holz mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

zu 6.1 Anwendung von Zusatzjobs in der Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 00778/2005

Bemerkungen:

Herr Block erläutert zu Beginn seiner Ausführungen die Sach- und Rechtslage, die gemäß

SGB II klar geregelt ist. Darüber hinaus wendet die ARGE Schwerin bereits die sogenannte "Positivliste" aus Berlin-Brandenburg an, so dass es aus Sicht der Verwaltung keiner weiteren Regularien bedarf. Um Missbrauchsfällen vorzubeugen, werden bereits jetzt stichprobenartig Kontrollen durchgeführt und wird konkreten Hinweisen nachgegangen.

Herr Gerth ergänzt die Ausführungen und weist darauf hin, dass auch im Beirat der einstimmige Beschluss gefasst wurde, keine Positivliste für die Landeshauptstadt Schwerin aufzustellen.

Er appelliert zudem an die Ausschussmitglieder, Missbrauchsvermutungen der Verwaltung zu melden.

Herr Meslien als Mitglied der antragstellenden Fraktion erklärt, dass der Antrag als erledigt angesehen werden kann, da die Ausführungen und die Antworten der Verwaltung zufriedenstellend sind.

Beschluss:

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion als erledigt angesehen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

Frau Dr. Bank entschuldigt sich für die Zeit vom 10. – 26. 11. 2005.

zu 7.1 Fördermittel

Bemerkungen:

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder zum Sachstand erläutert Herr Block, dass sich der Entwurf zur Vergabe der Fördermittel in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet. Ein Ergebnis konnte bisher nicht erreicht werden, da es unterschiedliche Auffassungen zur Dauer und Höhe der Leistungsvereinbarungen gibt. Er versichert, dass der Thematik im Amt für Soziales und Wohnen oberste Priorität eingeräumt wird.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Katy Berend

Protokollführer